Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht. Fremdenliste.
[illegible]
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
[illegible] Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

35. Jahrgang.
Aufl. 48,500 Stück.
Dresden, 1890.

Meyer's Joppen von 6 M. an, Schlafröcke von 12 M. an.
Dresdner Schlafrock-Fabrik von S. Meyer jun., Frauenstr. 4 u. 5.

N. Salm
Special-Fabrik geprägter Siegel-Marken
Plauen b. Dr.
Kaitzerstrasse 17
(Fernsprechanschluss 1141)
empfiehlt ganz besonders geprägte Packetverschluss- und Schutz-Marken, sowie Signirschablonen, alle Gattungen Farbstempel u. Gravir-Arbeiten jeder Art.

Lederwaaren-Specialität!
Photographie-Albums. — Damentaschen.
— Reise-Artikel. —
Bernhard Rüdiger, Wilsdrufferstr. 2 (nächst dem Altmarkt).

MATTONI's GIESSHÜBLER reinster alkalischer SAUERBRUNN
Hauptniederlagen in Dresden: MOHRENAPOTHEKE, Pirnaischer Platz, WEIS & HENKE, Schlossstrasse 11, KRONENAPOTHEKE, Neustadt.

W. Höffert,
Kgl. Sächs. u. Kgl. Preuss. Hofphotograph,
Dresden, Kaufhaus, Seestrasse No. 10.
Berlin, Leipzigerplatz 12.

Prof. Dr. Jäger's Kameelhaar-Decken. Grösse 150/205 Mk. 17.50, 20.00, 22.00, 24.00, 27.00, Grösse 160/225 Mk. 30.00 und 32.00. Der Stempel erhöht den Preis nicht, sondern leistet nur Garantie für Echtheit der Waare.
Jean Schieme Nachf., Schloss-Strasse 26.

Nr. 163. Spiegel: Militärvorlagen, Paßzwang, Oesterreichs auswärtige Beziehungen, Mc. Kinley'sche Zollgesetze. Hofnachrichten, Aerztlicher Bezirksverein, Gerichtsverhandlungen, Bezirksausschuß. Tagesgeschichte. Neuinszenirung des „Tannhäuser", Gemäldeausstellung. **Donnerstag, 12. Juni.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Im Militärausschusse des Reichstages hat das Verfahren Platz gegriffen, besonders wichtige Reden durch Druck zu vervielfältigen, damit sie den Ausschußmitgliedern als Unterlage für ihre weitere Berathung dienen können. Es ist schade, daß der Militärausschuß nicht auch die Drucklegung der letzten Rede des Reichskanzlers v. Caprivi beschlossen hat. Ihren Hauptinhalt, nämlich das Ersuchen, der Reichstag solle sich nicht mit militärischen Zukunftsplänen befassen, sondern das für die Sicherheit des Vaterlandes für unerläßlich Erkannte bewilligen, haben wir schon besprochen. Kein Abgeordneter bindet sich für die Zukunft, wenn er jetzt in die Vermehrung der Friedensstärke um 18,000 Mann, u. A. behufs Verstärkung der Artillerie, willigt. Das ist keine unerträgliche Mehrbelastung, zumal da auch die Bevölkerung jährlich sich vermehrt. Und deshalb einen Streit mit der Reichsregierung anzufangen, also die Bewilligung der verstärkten Rekrutirung von der Einführung der zweijährigen Dienstzeit abhängig zu machen, worin die Militär-Autoritäten etwas an „Verbrechen" Streifendes erblicken, dazu ist die Lage auch für den Reichstag nicht angethan. Der Reichstag wahrt seinen grundsätzlichen Standpunkt und seine Rechte, wenn er seine Ansichten betreffs der zweijährigen Dienstzeit und betreffs jährlicher Bewilligung der Präsenzziffer des Heeres in Resolutionen kleidet. Auf diesen vermittelnden Ausweg wies der Kanzler v. Caprivi den Militärausschuß hin. Er begründete aber diesen Hinweis durch einige vielbemerkte Sätze. Dringend bat Herr v. Caprivi, „nur jetzt" keinen Kampf um Militärfragen anzufangen, sondern wenigstens ein Jahr zu warten, weil er mit anderen schwierigen Verhältnissen zu kämpfen und die Hände zur Zeit nicht frei habe. Was ist mit diesem Räthselwort gemeint? Wollte er damit andeuten, daß er an einer in Militärfragen ausschlaggebenden Seite besondere Schwierigkeiten habe? Caprivi's Stellung diesem Machtfaktor gegenüber zu erschweren, dazu hat der Reichstag sicherlich keinen Grund. Herr v. Caprivi wünscht, als Reichskanzler, mäßigend auf das Erheben neuer militärischer Ansprüche einwirken zu können. Das kann er aber nicht, wenn er mit dem Reichstage sich in Streit befindet; er kommt dann zwischen zwei Feuer.

Mit der Berathung der Eugen Richter'schen Interpellation über den Paßzwang in Elsaß-Lothringen hat der Reichstag einen ganzen Tag seiner ohnehin kurz gemessenen Zeit vertrödelt. Die ganze Interpellations-Einbringung wäre besser unterblieben; sie hat Nichts genützt. Der Paßzwang ist eine Ausnahmemaßregel, deren Nutzen sehr zweifelhaft ist; ihre baldige Beseitigung wäre aller Welt erwünscht. Seiner Zeit war sie aber nothwendig; von 1884—88 hat sich die Zahl der in Elsaß-Lothringen lebenden Franzosen von 15- auf 19,000 vermehrt. Größtentheils waren es beurlaubte Soldaten des französischen Heeres, die eine förmliche Ueberwachung unserer Reichslande ausübten. Das war zur Blüthezeit des Boulangismus, damals, als Boulanger und die Patriotenliga zum baldigen Kriegsausbruch drängten. Der Paßzwang sollte die Ueberwachung dieser Kundschafter ermöglichen. Er hat aber seinen Zweck nur schlecht erfüllt und da er für viele Unschuldige nur sehr große Belästigungen herbeigeführt hat, so ist das Verlangen nach Beseitigung des Paßzwanges sachlich wohl begründet. Herr v. Caprivi erklärte die völlige Aufhebung des Paßzwanges zur Zeit deshalb für unmöglich, weil sich so viele Tausende von Personen in Elsaß-Lothringen aufhalten, die mit dem französischen Heere in der einen oder anderen Beziehung stehen. Soll es wirklich gestattet sein, daß französische Offiziere sich wochenlang im Elsaß aufhalten unter dem Vorwande, dort Jagdreviere gepachtet zu haben? Die militärischen Rücksichten allein verbieten den völligen Verzicht auf die Paßvorschriften. Der Reichskanzler stellte eine milde Handhabung des Paßwesens in Aussicht. Sache der reichsländischen Bevölkerung wird es sein, durch ihr Verhalten die Aufhebung des Paßzwanges herbeizuführen. Im Uebrigen erwarb sich Herr v. Caprivi durch seine offenen, loyalen Erklärungen den ungetheilten Beifall aller Parteien. Besonders werthvoll ist seine Erklärung: „Wir haben in der letzten Zeit manches erfreuliche Zeichen der Besserung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich wahrgenommen". Das wird man auf beiden Seiten mit Genugthuung vernehmen. Umso verfehlter war es von Eugen Richter, in diese zarten Verhältnisse mit einer plumpen Interpellation hineinzufahren.

Die Aufschlüsse, welche der Graf Kalnoky dem österreichischen Budgetausschusse über die Beziehungen Oesterreich-Ungarns zum Auslande ertheilt, haben allseitige Befriedigung erregt. Graf Kalnoky erklärte, daß durch den Abgang des Fürsten Bismarck nicht die mindeste Schwankung in den Dreibund gebracht sei; Oesterreich sehe den General v. Caprivi mit dem gleichen Vertrauen an der Spitze der deutschen Reichsleitung stehen, wie seinen Vorgänger. Unvermindert ist die Festigkeit und die Dauerbarkeit der Verträge der drei Festlandsmächte, sie haben allen Versuchen, Zweifel und Mißtrauen zu säen, Stand gehalten. Das bezeugte Graf Kalnoky ausdrücklich, nicht minder wiederholte er, daß das Ziel und die Aufgabe dieser Bündnisse einzig die Erhaltung des Friedens sei. Von den freundlichen Beziehungen, in denen Oesterreich-Ungarn mit allen Staaten stehe, machte der Minister jedoch eine Ausnahme, sie betraf Serbien. Er hob hervor, daß trotz der wohlwollendsten Gesinnung, welche Oesterreich gegen das junge Königreich immer an den Tag gelegt, sich dort „eine der österreichisch-ungarischen Monarchie unfreundliche, wenn nicht feindliche" Strömung geltend macht. Er fügte hinzu: „Wir müssen erwarten, daß die Regierung Serbiens in Zukunft nicht nur Worte, sondern Beweise giebt, daß sie die Autorität besitzt, ihren Versicherungen einen thatsächlichen Rückhalt zu geben." Da bekanntlich Oesterreich keine Eroberungsgedanken gegen Serbien hegt, hat es auch den berechtigten Anspruch auf loyales Verhalten Serbiens und muß erwarten, daß dieses den panslavistischen kriegshetzerischen Wühlereien auf dem Boden Serbiens kräftig Einhalt thue. Graf Kalnoky hat also eine ernste Mahnung an die serbischen Staatsmänner gerichtet. Seine Worte würden noch tieferen Eindruck machen, wenn nicht die jüdischen Finanzmächte in Wien und Pest jahrelang Serbien bei Anleihen, dem Tabak- und Salzmonopol und dergl., volkswirthschaftlich so ausgewuchert hätten, sodaß sich eine tiefe Mißstimmung der serbischen Bevölkerung gegen Oesterreich bemächtigt hat. Sie ist dadurch in's russische Fahrwasser getrieben worden. Serbien wird übrigens gut thun, das Wohlwollen Oesterreichs nicht zu verscherzen. Soeben hat die ungarische Regierung die Schweine-Einfuhr aus Serbien verboten. Das ist ein harter Schlag für Serbien, seine Viehzucht und seinen Handel. Es führt jährlich für etwa 6 Millionen Gulden Schweine nach Oesterreich ein. Hoffentlich sieht sich Serbien künftig dadurch zu einem besseren Studium der Landkarte veranlaßt. Oesterreich ist nahe, Rußland weit.

Mehrfach wird aus Washington berichtet, daß die Annahme des Mc. Kinley'schen Zolltarifs wieder zweifelhaft geworden, jedenfalls nicht nahebevorstehend ist. Der Senat nimmt an den Zollsätzen verschiedene Veränderungen vor; das veranlaßt neue Verhandlungen und verzögert die Schlußabstimmung wenigstens um einige Monate. Man hat es bei dem Vorgehen der amerikanischen Hochschutzzöllner mit zwei Gesetzen zu thun: das eine betrifft die Zollverwaltung, das andere enthält die Zolltarifsätze. Ersteres hat beide Häuser des Kongresses passirt und harrt nur noch der Unterschrift des Präsidenten. Es bestimmt, daß der Werth der einzuführenden Waaren der Wahrheit gemäß in der Zolldeklaration angegeben werde, während es bisher üblich war, die Waaren niedriger anzugeben, um billiger zu verzollen. Gegen den Grundsatz der richtigen Werthangabe wird Niemand etwas einzuwenden haben; andererseits ist der Zweck der Maßregel aber offenbar eine Erschwerung der Waareneinfuhr. Dieses Zollverwaltungsgesetz wird wahrscheinlich am 1. August in Kraft treten. Das andere Mc. Kinley'sche Gesetz, das die Zollsätze selbst gewaltig erhöht, unterliegt noch der Einzelberathung des Senats, und dieser hat bereits begonnen, besonders anstößig hohe Zollsätze zu ermäßigen. Die schließliche Verständigung zwischen beiden Häusern des Kongresses zieht sich daher noch auf längere Zeit hinaus. An ihrer Gefährlichkeit für die deutsche Waareneinfuhr büßt sie deshalb nicht das Mindeste ein.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 11. Juni.

Berlin. Reichstag. Oberst Ritter v. Haak wurde zum bayrischen Bundesbevollmächtigten ernannt. — Auer und Genossen beantragen Einstellung schwebender Strafverfahren gegen den Abg. Stadthagen beim Berliner Landgericht II., sowie Einstellung des beim Königl. sächs. Amtsgericht zu Burgstädt gegen Abg. Schmidt-Sachsen schwebenden Privatklageverfahrens wegen Beleidigung, für die Dauer der Session. Der Antrag wird nach kurzer Begründung durch Singer angenommen. — Abg. Grillenberger begründet den von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Gesetzentwurf betr. die Ergänzung des Unfallversicherungsgesetzes. Das ganze Gesetz sei mangelhaft, aber da auf eine gründliche Umgestaltung desselben in absehbarer Zeit nicht zu hoffen sei, beschränke sich der vorgelegte Entwurf auf die Beseitigung der empfindlichsten Uebelstände. Derselbe fordert zunächst, daß die Rente, wenn das Heilverfahren noch vor Ablauf der 13. Woche nach Eintritt des Unfalls beendet werde, von der Beendigung des Heilverfahrens an gewährt werden soll. Weiter fordert der Entwurf, daß bei der Berechnung der Beerdigungskosten im Falle der Tödtung eines Versicherten und bei der Feststellung der Rente für die Hinterbliebenen die Summe des letzten Arbeitsverdienstes und der bezogenen Rente zu Grunde gelegt werde. Endlich verlangt der Entwurf Strafverschärfungen gegen Unternehmer, welche die von ihnen zu leistenden Beiträge den von ihnen beschäftigten Personen zur Anrechnung bringen, oder welche die Versicherten in der Uebernahme oder Ausübung eines in Gemäßheit dieses Gesetzes ihnen übertragenen Ehrenamtes beschränken. Staatssekretär v. Bötticher: Die Korrekturbedürftigkeit des Unfallgesetzes habe er nie in Abrede gestellt; aber mit der Durchführung des Gesetzes seien wir noch nicht an dem gesteckten Ziele angelangt. Es gebe noch eine Reihe von Berufskreisen, auf welche die Unfallversicherung ausgedehnt werden müsse; einen entsprechenden Entwurf hoffe die Regierung dem nächsten Reichstage vorzulegen. Bei einer Berathung des vorliegenden Entwurfs würden sich noch eine Anzahl wünschenswerther Abänderungen herausstellen. Er möchte nun glauben, daß bei der Kürze dieser Session es nicht angezeigt sei, diese Angelegenheit aufzunehmen, denn sie werde schwerlich zu einem Abschluß gebracht werden können. Die Punkte, welche der Antrag hervorhebt, seien nicht so dringend, als der Vorredner glaube. Bei vorliegender Erwerbsunfähigkeit müßten die Krankenkassen schon jetzt ihre Fürsorge bis zum Eintritt der Unfallversicherung ausdehnen. Abg. Hempel (kons.) erklärt, daß er mit seinen Freunden hinsichtlich der Bemessung der Rente für die Hinterbliebenen noch weiter gehen würde, als der vorliegende Antrag, doch sei es nicht zweckentsprechend, einseitig einzelne Punkte herauszunehmen und diese zu verbessern. Abg. Rösicke (nl.) erkennt ein Bedürfniß zur Abänderung des Unfallversicherungsgesetzes zur Zeit nicht an. Frhr. v. Stumm (Rp.) betont die Nothwendigkeit der Ausdehnung der Unfallversicherung noch auf weitere Betriebe. Aus dem gegenwärtigen Zustande ergäben sich manche Unzuträglichkeiten, welche der Abhilfe dringend bedürften. Nachdem sich noch Goldschmidt (freis.) und Hitze (Centrum) im Sinne weiterer Verbesserungen des Unfallversicherungsgesetzes ausgesprochen, wird die Debatte geschlossen. Singer (Soz.) bezweifelt im Schlußwort, daß die Arbeitgeber in ihrer Mehrzahl die vorgeschlagene Ausdehnung des Gesetzes wirklich wünschten. Beschleunigung der Sache sei wünschenswerth. Die Arbeiter hätten nicht so lange Zeit zu warten wie die verbündeten Regierungen. Unter der Voraussetzung, daß die Regierung die angekündigte Vorlage in der Herbstsession einbringen werde, zog Singer den Antrag zurück. Brömel begründet hierauf seinen Antrag auf Vorlegung eines Gesetzes betr. die schließliche Entscheidung von Rechtsfragen in Zollsachen auf dem Rechtswege oder im Verwaltungsstreit-Verfahren. Die zu errichtende Behörde müsse unabhängig vom Bundesrathe dastehen. Die Einrichtung anderer Länder, wonach Zoll- und Steuerfragen von den ordentlichen Gerichten entschieden werden, lassen sich bei uns nicht durchführen, dagegen seien bei uns in einer Reihe von Einzelstaaten die Verwaltungsgerichte mit Steuersachen betraut. Auf die Dauer werde man auf die Einrichtung einer Centralbehörde nicht verzichten können. Der gegenwärtige Zustand, wo dieselbe Behörde, welche administrative Bestimmungen erläßt, auch endgiltig Entscheidung in Streitsachen trifft, sei nicht haltbar. Kurtz (kons.): Die Durchführung des Antrags würde auf Schwierigkeiten stoßen, da die Einführung der Verwaltungsgerichte in allen Einzelstaaten noch nicht stattgefunden habe. Ein solcher selbstständiger Gerichtshof, wie ihn der Antragsteller wünsche, würde auch schwerlich in der Lage sein, selbstständig zu entscheiden, vielmehr immer auf die Beihilfe von Sachverständigen angewiesen sein. Witte-Rostock (freis.) empfiehlt den Antrag Brömel. Die Berathung wird dann auf morgen vertagt. Auf der morgenden Tagesordnung stehen ferner: Nachtrags-Etat, Strafgesetznovelle, deutsch-schweizerischer Niederlassungsvertrag.

Berlin. Die Kaiserin mußte gestern das Bett hüten, heute früh konnte sie dasselbe wieder verlassen, war aber durch ihre Unpäßlichkeit verhindert, der Grundsteinlegungsfeier der Kaiserin-Augusta-Gedächtnißkirche im Invalidenpark zu Berlin beizuwohnen. — Die Kaiserin Friedrich trifft am 14. ds. früh in Berlin ein. — Der Kronprinz von Italien legte heute auf dem Sarge Kaiser Wilhelms im Mausoleum zu Charlottenburg einen prachtvollen Kranz nieder.

Berlin. Die Centrumsfraktion berieth gestern über ihre Haltung zur Militärvorlage. Die Stimmung dafür war namentlich unter den süddeutschen Mitgliedern ungünstig. Dr. Windthorst eröffnete, daß die verbündeten Regierungen entschlossen seien, den Reichstag aufzulösen, falls die Vorlage abgelehnt würde.

Pest. Im Auswärtigen Ausschuß der ungarischen Delegation erklärte der Delegirte Falk, daß die ungarische Delegation der huldigenden Kundgebung Kalnoky's für die erhabene Persönlichkeit des deutschen Kaisers freudigst zustimme. Falk gedachte dann mit warmen Worten der Stellung Italiens zum Dreibund und fragte an, ob nicht das Verhältniß Englands zum Dreibund ein anderes sei, als das der übrigen Mächte. Kalnoky sagte zu, sich noch auf einzelne Fragen zu äußern.

Bern. Der Bundesrath beantragte bei der Bundesversammlung der Ingenieure, dem Ingenieur Köchlin die Konzession zum Bau einer Eisenbahn von Lauterbrunnen auf die Jungfrau zu ertheilen.

Rom. Crispi erklärte bei einer Unterredung mit einem Mitgliede der alten Linken, es liege kein Grund vor, [illegible] das Parlament aufzulösen. Die Lage des Kabinets dürfte im nächsten Jahre günstiger sein. Die auswärtige Lage Italiens sei überaus günstig und der Friede vollständig gesichert. Der Besuch des Thronfolgers in Petersburg habe eine Annäherung an Rußland herbeigeführt. Die Beziehungen zu Frankreich seien fast herzlich. — Die Rückfahrt des Kronprinzen erfolgt via Gotthard. Der Plan, über Innsbruck zu reisen, wo ein Vertreter des Kaisers von Oesterreich den Kronprinzen begrüßen sollte, ist fallen gelassen mit Rücksicht darauf, daß der Kaiser von Oesterreich einen Gegenbesuch im Quirinal noch nicht abgestattet hat.

Brüssel. Anläßlich der Wahlen ist es vielfach zu Unruhen gekommen. Hier durchzogen die Sozialisten die Stadt. Auf dem Marktplatze wollte Anseele eine Rede halten, die Bürgergarde trieb aber die Menge auseinander. Die aufgeregten Liberalen griffen den klerikalen Klub an und warfen Fenster ein. Der liberale Abgeordnete Lüters wurde, obgleich vom Bürgermeister und Offizieren umgeben, öffentlich geohrfeigt. Vor dem Lokale des klerikalen Vereins mußte die Polizei von der blanken Waffe Gebrauch machen, um die Menge zu sprengen. — In Lüttich mußte eine Abtheilung Artillerie heranrücken, um die Straßen von Tumultuanten zu säubern.

Die Berliner Börse setzte in abwartender Haltung mit geringem Geschäft ein. Auf dem Bankenmarkte beschränkte sich der Verkehr hauptsächlich auf die leitenden Speculationspapiere. Deutsche Bahnen sehr still, von österreichischen Franzosen und Lombarden schwach, Dux-Bodenbacher und Buschtiehrader höher. Fremde Rente durch Realisirungen gedrückt, Bergwerke vorwiegend fest. Auf diesem Gebiet konzentrirte sich später das Interesse der Spekulation vorzugsweise. Im Kassaverkehr waren Banken still, Dresdner 1¼ Proz. schwächer. Deutsche Bahnen wenig belebt, österreichische gut behauptet. Bergwerke fest. In Industriepapieren bestand nur mäßiges Interesse. Oesterreichische Prioritäten ruhig. Privatdiskont 3¼ Proz. Nachbörse fest. — Wetter: Vorwiegend bedeckt, etwas Regen, Vormittags S.-O., Nachmittags W.-N.-W.-Wind.

Frankfurt a. M. (Abendb.) Credit 265,75. Staatsb. 198,25. Lomb. 122,60. Galizier —,—. Egypter 99,25. 4proc. Ung. Goldr. 90,10. Disconto 224,10. Dresdn. Bk. 156,60. Laura 143,80. Italiener 95,60. Schwächer.

Paris. (Schluß.) Rente 92,50. Anleihe 106,60. Italiener 97,20. Staatsbahn 498,75. Lombarden 306,25, do. Prioritäten —. Spanier 78. Egypter 493,12. Ottomanen 618,75. Türkenloose 610,00. Ruhig.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per Juni 25,40, per Septbr.-Decbr. 23,60, ruhig. Spiritus per Juni 36,75, per Septbr.-December 37,50, behauptet. Rüböl per Juni 69,25, per September-December 67,25, fest.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per November 197. Roggen per October 119, per März 121.

London (Produkten-Bericht). Getreide ruhig, nominell, unverändert. Angekommener Weizen steigend. Russischer Hafer ermattend. — Wetter: Regnerisch.

Oertliches und Sächsisches.

— Der Lehrer Friedrich Ferdinand Zeibig in Wachwitz erhielt das Albrechtskreuz.

— Das Commandeurkreuz 2. Klasse des herzogl. braunschweigischen Ordens Heinrich des Löwen wurde dem Geh. Reg.-Rath v. Criegern bei der Kreishauptmannschaft zu Bautzen verliehen.

— Ihre Hoheit Frau Herzogin Adelheid von Schleswig-Holstein ist von Berlin wieder nach hier zurückgekehrt.

— Der ärztliche Bezirksverein „Dresden-Stadt" beging am Dienstag Abend die Feier seines 25jährigen Bestehens. Um 7 Uhr fand im Saale des Landesmedizinalkollegiums (Curländer Palais) eine Festversammlung statt, in welcher Herr Dr. Chalybäus die Festrede hielt. Unmittelbar hieran schloß sich im oberen Saale des Königl. Belvedere ein Festessen an, an welchem ebenso wie an dem Festaktus Vertreter des Landesmedizinalkollegiums, der Stadt Dresden (Oberbürgermeister Dr. Stübel und Stadtrath Hendel), der ärztlichen Bezirksvereine des Landes u. s. w. beiwohnten. Die Reihe der Trinksprüche eröffnete Herr Oberarzt Dr. Sprengel mit einem Toast auf Se. Majestät den König. (Der 1. Vorstand des Vereins, Hofrath Dr. Osterloh, war in Folge einer Halsentzündung leider genöthigt, das Bett zu hüten.) Derselbe

Dresdner Molkerei (Gebr. Pfund, Bautznerstr. 41/42). Butter täglich 3 Mal frisch.